

Leitartikel

Von Walter Hämmerle

Vom Gen-Code der Republik

Den Kampf gegen Korruption und Freunderlwirtschaft führen – wieder einmal, ist man versucht hinzuzufügen – sämtliche Parteien lautstark im Munde. Die einen nötigt Schadensbegrenzung, andere Schadenfreude und hoffentlich gibt es auch den einen oder anderen, dem die Sache selbst ein Anliegen ist.

Inmitten der hitzigen und längst überfälligen Debatte über schärfere gesetzliche Anti-Korruptionswaffen wird allerdings oft übersehen, dass die Wurzeln dieses Übels tief in den genetischen Code der Zweiten Republik eingepägt sind. Der Preis für den innenpolitischen Kalten Frieden nach 1945 war die Aufteilung der Republik, notabene zuvorderst zwischen Rot und Schwarz. Jeder verfügte über sein eigenes kleines Paralleluniversum – politisch, ökonomisch und sozio-kulturell. Man lebte getrennt im gemeinsamen Staat.

In den ersten Jahrzehnten der noch jungen Republik waren ideologisch ungebundene Karrieristen die rare Ausnahme, es dominierte unerschütterliche Lager-Loyalität. Sichtbarster Beweis waren Parteimitgliedschaften, die damals noch an die Millionengrenze heranreichten.

Doch diese Welt war dem Untergang geweiht, die Lager bröckelten. Kein Bürger, nicht einmal in Österreich, ist ewig Diener einer Partei. Was allerdings blieb, war das Machtstreben der Parteien.

Der Niedergang der Machtbastionen – Ministerien und staatsnahe Unternehmen genauso wie ganze Bundesländer – folgte der Erosion der rot-schwarzen Wählerbasis auf den Fuß. Die Stunde der bisher Ausgeschlossenen und Glücksritter war gekommen. Fortan herrschte die Gier nach Geld und Einfluss ohne Notwendigkeit, das eigene Streben auch noch weltanschaulich zu ummanteln.

Im Gegenteil: Die Parteien selbst wurden zum Objekt der Begierde dieser Nehmer. Deren Widerstand war überschaubar, wie die Freiheitlichen in der Ära Haider am erschreckendsten demonstrierten, aber auch ÖVP und SPÖ immer und immer wieder erfahren müssen.

Was man dagegen tun kann? Am einfachsten wäre, die Macht der Parteien auf das radikal Notwendigste zu beschränken. Sie sind – und müssen es sein – Scharnier zwischen Politik und Gesellschaft. Nur reicht der Einfluss der Parteien weit über die Politik hinaus. Um ihn zu kappen, müssten sich die Parteien selbst ihre Gliedmaßen amputieren. Möglich, aber wenig wahrscheinlich.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/leitartikel
leitartikel@wienerzeitung.at

Politiker im Urlaub (7)

Karikatur: „Wiener Zeitung“/Rachel Gold/www.goldcartoons.at

Zitate zum Freitag

„Ich bekenne mich schuldig, weil ich es bin.“
Der jamaikanische Drogenboss Christopher Coke steht vor Gericht

„Niemand sind wir von der Hypothese ausgegangen, dass Herr Gaddafi an unserer Tür anknöpfen könnte.“

Algeriens Außenminister Mourad Medelci

„Das kann ein großer Sprung für die gesamte Region werden, vor allem aber für jene, die bisher keine Stimme hatten.“

SPÖ-Entwicklungssprecherin und Nationalratsabgeordnete Petra Bayr über die Libyen-Konferenz

„Der Sieg ist nah.“
Saif al-Islam Gaddafi

„Greift die Feinde an, wo immer sie sind.“

Derselbe

„Wir trinken Tee und Kaffee.“

Derselbe über sich und seinen Vater Muammar

„Ich rechne mit einem Krieg.“

Ariel Muzicant, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG), zum Palästina-Antrag der Arabischen Liga in der UNO

„Europa hat es nicht notwendig, Anspruch auf einen Klapsitz zu erheben.“

Nicolas Sarkozy zur umstrittenen Aufnahme Palästinas in die UNO

„Russland ohne Putin!“
Russische Regierungsgegner

„Ihr kämpft, redet, forsch und schreibt gegen den Krieg und damit vorrangig gegen die Rüstungsindustrie.“

Der Vorsitzende des Aachener Friedenspreis-Vereins, Karl Heinz Otten, bei der diesjährigen Verleihung

„Der Terrorismus lässt sich wahrscheinlich genauso wenig besiegen wie die Taliban in Afghanistan.“

Wolfgang Ischinger, deutscher Sicherheitsexperte

„Die Welt hat die Pflicht und die Verantwortung, uns unser Geld zu geben.“

Aly Masednah el-Kothany, libyscher Botschafter in Deutschland

„Uns standen nicht alle Ressourcen zur

Verfügung. Wir konnten uns nur zu dem verhalten, was wir zur Verfügung hatten.“

Norwegens Polizei zum Breivik-Anschlag

„Ich bezeichne meine Musik immer als Herzensangelegenheiten-Pop. Ich singe ja über sensiblere Themen.“

Sängerin Doreen Steinert (24)

„Wir haben selbstverständlich unseren lokalen Mitarbeitern dort weiterhin ihren Lohn weiterbezahlt.“

OMV-Generaldirektor Gerhard Roiss über Libyen

„Außer Kontrolle.“
Experten über griechische Schulden

GASTKOMMENTAR

Clash zwischen zwei System-Kulturen

Warum das Projekt E-Government nicht so ohne weiteres klaglos funktioniert, ist leicht erklärt. Einer der Gründe dafür ist, dass die Frage der System-Kompatibilität nie gestellt wurde.

Von Franz Witzeling

■ Alle, die nach der Verwaltungsreform rufen und sich wundern, dass in diesem Zusammenhang die Anwendung der modernsten Kommunikationstechnologien im Projekt E-Government nicht so greift, wie man sich das vorstellen könnte, sollten sich bewusst machen, dass man die Frage nach der System-Kompatibilität nie gestellt hat.

Passen die beiden Kommunikationskulturen überhaupt zusammen? Auf der einen Seite die traditionsbehaftete Welt der K&K-Büro-

kratie und auf der anderen Seite die Wirklichkeit einer global vernetzten Kommunikationskultur, die auch Österreich nicht als die Insel der Seligen gedeihen lässt.

Vernetzen und Synergien schaffen oder das System bewahren im Verwalten – das sind die paradigmatischen Reizwörter, die die politische Zerreißprobe betrifft, die die Entscheidung der Durchsetzung der Verwaltungsreform von Tag zu Tag immer mehr herankommen lassen wird. Wenn man das Zusammenprallen zweier Organisationskulturen bewusst wahrnehmen

will, muss man besonders auf die Motive für den Erhalt oder die Reformwilligkeit der staatlichen Verwaltung schauen. Der klassischen systembewahrenden Bürokratie wird durch die modernen Möglichkeiten der Kommunikationskultur der Arbeitsprozess befindlichen Generation realistisch, dann kann man davon ausgehen, dass das notwendige selbständige Handeln und das selbständige Herbeiführen von Entscheidungen, geschweige denn das Set-

zen innovativer Handlungen mit nur wenigen Ausnahmen nicht möglich sind.

Der fromme Wunsch der dominant technologisch denkenden Architekten von E-Government, das gegenwärtige System in den zentralen Aufgaben (Stichwort: elektronischer Akt) zu spiegeln, geht am Bürger vorbei, wie die mageren Nutzungsgewohnheiten zeigen. Wenn man ein Amt betritt, geht es um Kommunikation und um den Kontakt mit den das Anliegen bearbeitenden Beamten.

HR (Human Resources) ist der moderne Begriff, der dieses Bedürfnis der per-

sönlichen Betreuung unterstreicht. Die Idee, die stark angenommenen sozialen Netzwerke als „Brückeninfrastruktur“ zwischen Bürger und Bürokratie einzuführen, ist sehr naheliegend, da gerade die Beziehungskultur damit auf kommunikativer Basis bestens bedient wird.

Selbstbestimmung oder sich fremdbestimmt fühlen und das Gefühl haben, vom Staat noch mehr bevormundet und kontrolliert zu werden – das ist der Knackpunkt, nicht nur in der Frage der Umsetzung der Ver-

waltungsreform. Das Zaubermittel ist und bleibt in beiden Organisationskulturen „Kommunikation“.

Wesentliche Punkte dabei sind die Option der kreativen Gestaltungsfreiheit für Beamte und das Gefühl der Kooperationsbereitschaft bei den Dienstleistungen in Anspruch nehmenden Bürgern. ■

Franz Witzeling ist Psychotherapeut und Kommunikationspsychologe.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/gastkommentare

gastkommentar@wienerzeitung.at

Dieser Gastkommentar gibt ausschließlich die Meinung des betreffenden Autors wieder und muss sich nicht zwangsläufig mit jener der Redaktion der „Wiener Zeitung“ decken.